

XXI. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 2. Beiratssitzung am 29.08.2023
Sitzungsraum des Ortsamtes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen
Beginn 19:00 Uhr 21:35 Ende Uhr

Anwesend waren

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

SPD: Maren Wolter, Lizza Besecke, Alessandro Bünnagel, Bianca Lönnecker, Werner Müller

CDU: Martin Hornhues, Helga Lürßen, Kerstin Curtius, Isolde Eylers

Bündnis 90 / Die Grünen: Ulrike Schnaubelt

Bündnis Deutschland: Jens-Rainer Jurgan

Die Linke: Rainer Tegtmeier

FDP: ---

Parteilos: Oliver Meier

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum

Protokoll Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Jost Blankenhagen, Vertretung Bremer Stadtreinigung

Reinhard Schulz, Vertretung von Immobilien Bremen

Ayten Sariyildiz, Vertretung von der Senatorin für Kinder und Bildung

Uwe Schmieta, Schulleitung Oberschule Lesum

*

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung.

Herr Boehlke weist darauf hin, dass zur Erstellung des Protokolls Tonbandaufnahmen angefertigt werden.

Herr Boehlke teilt mit, dass Herr Oliver Meier ihn gestern schriftlich darüber informiert habe, dass er mit sofortiger Wirkung nicht mehr Mitglied von Bündnis Deutschland sei und somit als parteiloses Beiratsmitglied fungiere.

Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde frist- und formgerecht verschickt.

Nach der Versendung der offiziellen Einladung sind diverse Dringlichkeitsanträge eingereicht worden.

Herr Boehlke erläutert vorab:

„Nach der gültigen Geschäftsordnung des Beirates sind Anträge der Parteien und des Kinder- und Jugendbeirates Burglesum, die keine vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte betreffen, vor Beginn der Sitzung nur dann einzubringen, wenn die Angelegenheit dringend ist. Die Anträge sind schriftlich einzureichen. Der Beirat entscheidet über die Dringlichkeit und ob der Antrag auf die Tagesordnung gesetzt wird.“

Ungeklärt war bislang, wer nach der Geschäftsordnung antragsberechtigt ist: Parteien oder auch einzelne Beiratsmitglieder.

Diese Fragestellung ergab sich durch die Anträge von Herrn Meier, die seinerzeit durch ihn als Beiratsmitglied gestellt wurden und nicht über den Fraktionssprecher erfolgten.

Die Senatskanzlei teilte heute mit, dass jedes Beiratsmitglied ein Antragsrecht hat.

Entsprechend wird der Beirat auch über die Dringlichkeit der eingereichten Anträge von Herrn Meier entscheiden.

Zur Feststellung der Dringlichkeit werde ich nun die einzelnen Anträge aufrufen:

1. Antrag der CDU-Fraktion zu den Kontaktpolizisten (s. Anlage 1)

Hinweis: Es gab auch die Verständigung im Koordinierungsausschuss, dieses Thema im Herbst öffentlich zu beraten und eine Art „Halbzeitbilanz“ zu der derzeitigen Sonderarbeit der KOPs zu erörtern. Die Polizeiführung hat der Ortsamtsleitung zugesichert, hierzu auch in eine Beiratssitzung zu kommen.

Herr Hornhues begründet den Antrag: Er habe den Antrag zu spät gestellt, daher nun die Dringlichkeit. Im Zuge der Pressemitteilungen gebe es für den Bereich noch zusätzlichen Informationsbedarf und es solle für die weitere Beiratsberatung ein Beschluss mitgegeben werden.

Frau Wolter sieht das Problem bei der Dringlichkeit, nicht Inhaltlich. Für eine geplante Beiratssitzung werden natürlich die entsprechenden Fachleute eingeladen.

Herr Jurgan stimmt in der Sache zu, er möchte nur darauf hinweisen, dass der Ursprungsantrag zur Thematik von Bündnis Deutschland kam.

Beschluss: *Mit dem Stimmresultat von 6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung wird die Dringlichkeit abgelehnt.*

2. Antrag von Herrn Meier zur Schulwegsicherung im Kreuzungsbereich A 270/Am Heidbergstift (s. Anlage 2)

Hinweis: Ein Vorschlag der Fraktionssprecher*innen lautet: Beratung im Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus.

Herr Meier sieht die Dringlichkeit in Bezug auf alle Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger. Es gehe hier um Grundschüler, um Schulwegsicherung. Er möchte von der Behörde Vorschläge, um Situation zu entschärfen.

Frau Wolter geht es nur um die Dringlichkeit, nicht um das Inhaltliche. Sie sehe die Dringlichkeit nicht, wenn die Behörde drei Monate Zeit bekommen soll, Vorschläge zu unterbreiten. Die Kreuzung sei ihres Wissens nach auch kein Unfallschwerpunkt.

Beschluss: *Mit dem Stimmresultat von 2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung wird die Dringlichkeit abgelehnt.*

3. Antrag von Herrn Meier zur Abstellung von E-Scooter im Stadtteil (s. Anlage 3)

Hinweis: Ein Vorschlag der Fraktionssprecher*innen lautet: Beratung im Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus.

Herr Meier führt aus, dass die Situation bekannt sei. Die Dringlichkeit beziehe sich auf Personen mit Geh- und Sehbehinderung im öffentlichen Raum. Dafür müsse eine schnelle Regelung gefunden werden. Die offizielle Lösung, Abstellflächen für die Scooter zu errichten dauere noch ca. ein Jahr. Daher solle man in Erwägung ziehen, das Angebot für Burglesum so lange auszusetzen.

Frau Wolter schlägt vor, ganz normal im Verkehrsausschuss zu beraten mit Fachleuten. Sie sehe nicht die Notwendigkeit einer sofortigen Beratung.

Herr Jurgan schließt sich der Auffassung von Herrn Meier an. Er habe selbst beobachtet, dass ein Rollstuhlfahrer behindert wurde durch einen falsch abgestellten E-Scooter. Die Dringlichkeit sehe er aber ebenfalls nicht.

Beschluss: *Mit dem Stimmresultat von 1 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen wird die Dringlichkeit abgelehnt.*

4. Antrag der FDP: „Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Mückenproblematik an der Lesum und der Weser“ (s. Anlage 4)

Herr Serbest kann heute nicht an der Sitzung teilnehmen und bat die Ortsamtsleitung um die Verlesung einer Erklärung:

„Sehr geehrte Mitglieder des Beirats Burglesum, die FDP möchte hiermit einen Antrag einreichen, der sich mit der drängenden Mückenproblematik entlang der Lesum und der Weser in unserem Stadtteil Burglesum auseinandersetzt.

Die anhaltende und ungewöhnlich lange Regenzeit hat zur massiven Vermehrung von Mückenlarven geführt, die nun aufgrund der kurzen Trockenphasen überall präsent sind.

Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Anwohner, da das Lüften der Räumlichkeiten ohne entsprechenden Mückenschutz nahezu unmöglich geworden ist.

Der Antrag kam in Folge vieler Rücksprachen mit Arbeitskollegen, Nachbarn und Freunden zustande, die sich mit dem Problem an Julian Serbest wandten, um eine Möglichkeit zu finden dieses Problem zu beseitigen. Deshalb bittet er um die Unterstützung für diesen Antrag.“

Herr Meier findet es grundsätzlich gut, dass Anträge gestellt werden. Er lehne aber den Einsatz von Insektiziden ab. Er habe aber kein Problem damit, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

Frau Schnaubelt sieht die Problematik nicht und auch nicht die Dringlichkeit.

Frau Wolter sieht die Problematik ebenfalls nicht, gerne könne man im Umweltausschuss darüber beraten und grundsätzlich darüber sprechen.

Beschluss: *Mit dem Stimmresultat von 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung wird die Dringlichkeit abgelehnt.*

5. Antrag von Herrn Meier zur Änderung der Geschäftsordnung (s. Anlage 5)

Herr Meier verliest und begründet seinen Antrag.

Frau Wolter findet das Thema Geschäftsordnung (GO) nicht so wichtig, dass eine Sofortberatung notwendig sei. Es dauere eine Zeit, sich das Ganze sinnvoll zu erarbeiten. **Herr**

Hornhues ergänzt, dass die GO auf eine Muster-Geschäftsordnung von der Senatskanzlei fuße. Daher gehe er erst einmal davon aus, dass sie rechtskonform ist. Darüber dringlich zu diskutieren wird der Sache nicht gerecht.

Beschluss: Mit dem Stimmresultat von 1 Ja-Stimme, 12 Nein-Stimmen wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Weitere Änderungswünsche liegen nicht vor.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 04.07.2023

Das Protokoll wurde vorab an die Mitglieder verschickt. Kleinere redaktionelle Änderungen wurden bereits eingepflegt. Weitere Änderungswünsche liegen nicht vor.

Beschluss:

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Keine

TOP 3: Vermüllung an Containerplätzen durch Alttextilcontainer

Herr Boehlke begrüßt Herrn Jost Blankenhagen von der Bremer Stadtreinigung.

Herr Boehlke erläutert, dass es in den vergangenen Monaten es sehr viele Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern über Alttextilcontainer gab, die an den Container-Plätzen überfüllt, aufgebrochen oder angezündet wurden.

„Besonders betroffen waren in Burglesum die Standorte: Am Bahnhof St. Magnus, Am Radeberg, Hindenburgstraße aber auch in der Grambker Heerstraße.

Ausschlaggebend waren Probleme bei dem Dienstleister.

Die DBS hatte auf meine Bitte temporär die Alttextilcontainer an den kritischen Standorten abgezogen.

Aktuell wandte sich eine Bürgerin an mich, die heute leider nicht zur Sitzung kommen kann. Sie berichtet, dass es längst nicht mehr so schlimm ist, seitdem die Alttextil-Container in der Grambker Heerstraße weg sind.

Gleichzeitig stellt sie illegale Müllablagerung bei dem dortigen Container für Elektrokleinteile fest und beantragt die Entfernung des Elektrocontainers.

Die Problematik mit den Alttextilcontainern an den dezentralen Container-Plätzen ist leider nicht neu, sondern besteht phasenweise leider schon seit Jahren.

Daher die heutige Diskussion im Beirat wie dieses Problem zukünftig gelöst werden könnte.“

Herr Blankenhagen schildert den aktuellen Sachstand. Es gab Schwierigkeiten, die Container bedarfsgerecht zu reinigen. Es gab im zweiten Halbjahr Probleme durch Personalmangel. Inzwischen fanden Neueinstellungen statt. Aus seiner Wahrnehmung habe sich die Situation deutlich entspannt. Seit dem 1.8.2023 sei ein neuer Dienstleister für die Leerung der Textilcontainer zuständig. In Bremen seien immer ca. 300-400 Container im Einsatz. Ärger bereitete die missbräuchliche Nutzung der Plätze, wenn andere Sachen abgestellt werden,

wie z.B. Restmüll, Es wird zeitnah versucht die Plätze wieder sauber zu bekommen. Er geht jetzt von regelbetrieb aus, dankbar ist man über Rückmeldungen, wo Verunreinigungen vorliegen.

Herr Hornhues fragt, ob das Containerangebot für die eingesammelten Mengen ausreichend sei (Zahlen?). Wieviel Prozent der sortierten Einsammlung fehlerhaft sei? Er begrüßt die Herrichtung des Sammelplatzes an der Hindenburgstraße. Wenn dieser wieder verunreinigt wird, hätte die Herrichtung nichts gebracht. Dann bliebe nichts Anderes übrig, als den Standort abzuräumen.

Er möchte wissen, wie groß das Risiko sei, dass die Kosten für die Stadtreinigung zu hoch werden und nur noch ein Entsorgungsangebot unter Beaufsichtigung an den Recyclingstationen möglich sei?

Herr Blankenhagen versichert, dass man immer bestrebt sei, möglichst schnell Verunreinigungen zu beseitigen. Bei Alttextilcontainers sei die Fehlerquote bei 5 %. Die Container werden bedarfsgerecht geleert. Bei Elektroschrott sei das Problem eher der Aufbruch anstelle einer Vermüllung. Politischer Auftrag der Stadtreinigung sei die wohnortnahe Versorgung. Die Polizei empfiehlt Standorte, die beleuchtet sind und unter soziale Kontrolle stehen.

Herr Müller möchte wissen, ob es auch Container von Firmen im öffentlichen Raum aufgestellt werden. **Herr Blankenhagen** antwortet, dass nur die Bremer Stadtreinigung für Textilcontainer auf öffentlichen Grund zuständig sei. Von Firmen aufgestellte Container sind nur auf Privatgrundstücken zulässig.

Frau Wolter findet es sehr wichtig, dass es wohnortnahe Container gibt. Sie fragt, wie oft im Stadtteil geleert wird und ob gegebenenfalls nachgesteuert werde? Sie möchte wissen, ob die aktuelle personelle Lage jetzt ausreichend und nachhaltig groß genug sei.

Herr Blankenhagen teilt mit, dass die Container ca. einmal die Woche geleert werden, bei Bedarf auch häufiger. Es wurden zusätzliche Personen eingestellt, die Textilsammlung wurde an einen zuverlässigen Dienstleister vergeben. Er gehe nun davon aus, dass es so funktioniere und die Situation sich nicht wiederholt. Entfernte Container können auch wieder aufgestellt werden.

Herr Meier fragt, ob eine Kameraüberwachung bei stark vermüllten Standorten denkbar wäre. **Herr Blankenhagen** teilt mit, dass sei ein Thema, aber derzeit rechtlich nicht zulässig.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis, begrüßt die Rückkehr der Bremer Stadtreinigung in den Regelbetrieb und nimmt das Angebot, über das Ortsamt bei Herausforderungen und Störungen im Austausch zu bleiben, gerne an.

TOP 4: Oberschule Lesum: Sachstand Brandschadensanierung und Auswirkungen auf dem Schulbetrieb

Herr Boehlke begrüßt Herrn Reinhard Schulz, Vertretung von Immobilien Bremen, Frau Ayten Sariyildiz, Vertretung von der Senatorin für Kinder und Bildung und Herrn Uwe Schmieta, Schulleitung Oberschule Lesum.

Herr Boehlke fasst kurz den bisherigen Sachstand zusammen: Am 20.06. kam es zu einem Brand an der Oberschule Lesum am Standort Heisterbusch, ausgelöst durch eine Brandstiftung. Seitdem ist das Schulgebäude nicht mehr nutzbar. Heute soll die aktuelle Situation zur Brandschadenssanierung und die Auswirkungen auf den Schulbetrieb beraten werden.

Herr Scholz berichtet, dass im vorderen Teil der Schule eine starke Kontamination durch Rauch und damit durch toxische Schadstoffe erfolgt sei. Rauchgas sei in drei Stockwerke eingedrungen. Es handle sich dabei um polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, diese seien krebserregend. Betroffene Gebäudeteile werden zurzeit intensiv gereinigt. Die Decken werden ausgebaut und Estrich erneuert. Der tatsächliche Schadensumfang werde erst im Laufe des Sanierungsfortschritts erkennbar. Da die Flure betroffen seien, können Klassenräume, die nur zu reinigen wären, nicht genutzt werden. Der Abschluss der Arbeiten sei noch nicht zu bestimmen. „Worst Case“ sei der Sommer 2024, man hoffe aber, eher fertig zu werden.

Herr Schmieta berichtet zum Schulbetrieb, dass die 18 Klassenverbände in der Bördestraße in einer Etage untergekommen seien. Die Abschlussklassen können so in guten Räumen mit Differenzierungsraum unterrichtet werden. Der achte Jahrgang sei im Musikbereich einquartiert. Daher könne zurzeit kein Unterricht mit Instrumenten stattfinden und keine Experimente in den naturwissenschaftlichen Fächern. Enger werde es mit den Differenzierungsräumen. Chemie und Biologie werden epochal unterrichtet. Musik und Kunst in Form von Nachmittags-AGs angeboten. Die digitalen Whiteboards sind schwierig einzubauen. Er sei aber zuversichtlich, dass die Firma da tätig wird. Positiv sei, dass nun W-LAN im Gebäude vorhanden ist. Einige Lehrkräfte pendeln zur Bördestraße, das klappe gut.

Herr Hornhues ist erschrocken über den Halbsatz, dass jetzt erst W-LAN zur Verfügung stehe, er dachte, dass sei längst erledigt. Er fasst zusammen, dass keine Experimente stattfinden, dafür epochaler Unterricht. Es fällt fachlicher Unterricht in Teilen und in Gänze aus. Er möchte wissen, was das Bildungsressort unternimmt, damit die Defizite nachgeholt werden können. Wenn jetzt einiges nicht stattfinden kann, was machen dann die Lehrerinnen und Lehrer, die Ihrer Unterrichtsverpflichtung nicht nachgehen können?

Frau Sariyildiz hört, dass das sehr pessimistisch eingeschätzt werde. Sie sei auf die Expertise der Lehrkräfte angewiesen. In kurzer Zeit seien die Lehrkräfte sehr gut gestartet. Es gebe zur Zeit Einschränkungen, leider können keine Stunden „angehängt“ werden, weil das räumlich nicht darstellbar sei. Teilweise finde Musik und Theater im Nachmittagsangebot statt. Zum epochalen Unterricht teilt sie mit, dass die Lehrkräfte wissen, was im Schuljahr und in den Prüfungen auf die Kinder zukomme.

Frau Wolter hofft, dass es schneller geht mit der Sanierung und fragt nach Angeboten für die Schüler*innen, Lernstoff nachzuholen. Sie fragt außerdem, wann der berufsbildende Zweig aus der Bördestraße auszieht.

Frau Sariyildiz antwortet, dass es in den Osterferien, je nach Bedarfen, Angebote geben werde, wie auch in den letzten Jahren. Ob das für die Herbstferien denkbar sei, müsste organisatorisch geprüft werden.

Der Umzug sei noch nicht genau absehbar.

Frau Schnaubelt möchte wissen, ob jetzt Lehrerstunden übrig seien.

Wenn es ein Zusatzprogramm geben soll, ob dann gewährleistet sei, dass dafür Lehrkräfte zur Verfügung stehen?

Herr Schmieta erläutert, weil ohnehin Personalmangel herrsche, seien nicht so viele Lehrstunden übrig.

Herr Meier fragt, ob man während der Sanierungszeit nicht den Lehrplan aussetzen könne?

Er erkundigt sich nach dem Brandschutz des Gebäudes.

Herr Scholz antwortet, dass es sich um „Sünden“ der Vergangenheit handele, das Wärmedämm-Verbundsystem wäre heute nicht mehr zeitgemäß. Die Fassade habe Feuer gefangen, weil die Container mutwillig dahin geschoben wurden.

Herr Hornhues konnte bisher nicht entnehmen, dass von der Senatorin für Kinder und Bildung Unterstützung erfolgt. Er möchte wissen, wie die ersten Rückmeldungen von Eltern der betroffenen Schüler*innen ist. Ob Sorgen geäußert werden?

Herr Schmieta antwortet, dass es erste Rückmeldungen der Eltern gab. Dabei gibt es natürlich auch etwas auszusetzen. Die erste Woche Schulbetrieb lief relativ gut.

Wortmeldung aus dem Publikum:

Herr Berger möchte wissen, welche Schadstoffe freigesetzt wurden, die Art wäre ja erheblich für die Länge der Sanierung. **Herr Scholz** sagt, es seien hauptsächlich polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe. Es gebe ein Asbestkataster. Asbest im Gebäude sei aber kein Thema mehr.

Vom Grundsatz her wird alles ausgebaut und vom Chemiker geprüft.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum nimmt die Berichte von den Vertretungen von der Senatorin für Kinder und Bildung, Immobilien Bremen sowie des Schulleiters zur Kenntnis und bedauert, dass es vielleicht noch bis zum Sommer 2024 dauern wird, bis das Gebäude am Heisterbusch wieder voll zur Verfügung stehen wird. Der Beirat fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, die durch den Brand bedingten Unterrichtsausfälle auszugleichen.

TOP 5: Beratung von Bürgeranträgen

Die Anträge liegen den Beiratsmitgliedern schriftlich vor.

TOP 5.1: Hochwasserschutz in Burglesum

Antragsteller: Dr. Peter Hincke

Der Antrag wurde in der Beiratssitzung am 25.04.2023 gestellt. Es gab ein Erörterungsgespräch am 21.08.2023 auf Bitte des Antragsstellers

Herr Hincke schildert seinen Antrag.

Herr Hornhues schlägt, dass Thema zur weiteren Beratung an den Fachausschuss zu verweisen.

Frau Wolter schließt sich Herrn Hornhues an.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum verweist den Antrag von Herrn Dr. Hincke zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Sport. Die sich in einem Gespräch mit Herrn Dr. Hincke ergebenen, noch offenen Fragen sollen dort beantwortet werden.

TOP 5.2 Erhalt des Sommerdeichs entlang der Ausgleichsmaßnahme **Antragstellerin: Susanne Meinrenken**

Der Antrag wurde in der Beiratssitzung am 25.04.2023 gestellt. Eine Stellungnahme aus dem Fachressort liegt der Antragstellerin und den Beiratsmitgliedern vor.

Frau Meinrenken erläutert anhand eines Planes nochmals die jetzige Situation in den Lesumwiesen. Sie teilt mit, dass der Sommerdeich für die Anwohner eine wichtige Funktion habe. Man sehe sich von Sturmfluten bedroht. Daher die Forderung, den Sommerdeich instand zu halten und zu erhöhen. Sie verweist auf einen Erläuterungsbericht zum Lesum-Sperrwerkbau in den 1960er-Jahren, da sind die Deiche genannt. Diese sollen einen Polder mit einer Überlaufhöhe von drei Meter über Normalhöhennull begrenzen. Da künftig höhere Wasserstände zu erwarten seien, müsste die Überlaufhöhe heute sogar 3,40 Meter betragen. Inzwischen sei der Deich aber an vielen Stellen auf deutlich unter drei Meter über Normalhöhennull abgesackt. Sie befürchtet, dass durch die Flutung der Lesumwiesen der Deich mehr belastet wird.

Frau Wolter; Herr Hornhues und Frau Schnaubelt erläutern jeweils, dass der Beirat in dieser Sache keine weiteren Einflussmöglichkeiten mehr hat. Es wird angeregt, nach Herstellung der Kompensationsmaßnahme das Vorhaben in seiner endgültigen Ausführung im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Sport vorzustellen.

Es gibt eine Wortmeldung aus dem Publikum. Da es sich um eine Antragsberatung handelt, sind Wortmeldungen nicht zugelassen.

Herr Meier ist dafür, man solle die Anregungen der Bürger ernst nehmen, deshalb säße der Beirat hier.

Herr Hornhues stimmt dem nicht zu. Es sei keine grundsätzliche Diskussion. Er lehnt weitere Wortmeldungen aus dem Publikum, ausgenommen die Antragsteller, ab.

Herr Boehlke schlägt vor, den Beirat über die Zulassung von Wortmeldungen abzustimmen.

Beschluss: (2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Der Beirat beschließt, keine Wortmeldungen zu zulassen.

Frau Meinrenken ergänzt, dass die, die vor Ort wohnen, jeden Tag sehen, wie wichtig der Deich ist. Wenn jetzt so lange gewartet werde, bis die Ausgleichsflächen hergestellt sind, dann sei es zu spät. Sie bittet das im Vorfeld anzusprechen nicht erst nach Abschluss der Arbeiten.

Herr Boehlke erinnert daran, dass das Ressort auf den unanfechtbaren Planfeststellungsbeschluss verwiesen hat.

Beschluss: (12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

Der Beirat hat sich in der Vergangenheit mehrfach zu der Ausgleichsmaßnahme geäußert und stellt nunmehr fest, dass er keine weiteren Einwirkungsmöglichkeiten auf den Verlauf des Vorhabens hat. Nach der Herstellung der Kompensationsmaßnahme soll diese, zusammen mit der geforderten Wegeverbindung auf dem Sommerdeich, im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Sport vorgestellt werden.

TOP 5.3: Erhalt des Sommerdeichs entlang der Ausgleichsmaßnahme
Antragstellerin: Maria Meyer

Der Antrag wurde in der Beiratssitzung am 25.04.2023 gestellt. Die Stellungnahme aus dem Fachressort liegt der Antragstellerin und den Beiratsmitgliedern vor. Ebenso die schriftlichen Ergänzungen vom 13.08.2023 durch Frau Meyer.

Herr Flügge als Vertreter von Frau Meyer schließt sich den vorher gegangenen Ausführungen von Frau Meinrenken an.

Er möchte geklärt und festgestellt haben, dass sich das Grundstück (Admiral-Brommy-Weg 7 und 8) im Überschwemmungsgebiet befindet. Nach seiner Auffassung seien über 50% des Grundstücks und zwei Seiten des Wohnhauses Nr. 8 und das Wohnhaus Nr. 7 eindeutig im ÜSG.

Hier greift das Wasserhaushaltsgesetz § 78. Dagegen verstoße das Umweltressort.

Außerdem befänden sich seine zwei Wohnhäuser nicht außerhalb des ÜGS, sondern das eine Haus (Nr. 8) sei von zwei Seiten (von Nord und von Süd) eingekesselt (man käme nicht trockenen Fußes aus dem Haus) und das andere Haus Nr. 7 habe eine Kellersohle von 2,87mNHN und befinde sich somit in Gänze im ÜGS.

Er und Frau Meier bitten daher um Klärung der Frage und um eine rechtlich begründete Antwort.

Herr Hornhues teilt mit, dass der Beirat hierzu keine Auskunft geben kann. Dass die Fragen nur die Fachbehörde beantworten kann.

Frau Wolter und Frau Schnaubelt stimmen dem zu. Es wird vorgeschlagen die noch offenen Fragen an das Ressort zu richten.

Herr Jurgan stellt fest, dass man sich einig sei, dass kein Bürger ein Schaden entstehen soll und schließt sich ebenso den Ausführungen von Herrn Hornhues an.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat bittet das Ortsamt, zu klären,

- *ob die drei Flurstücke bei der Bewertung, ob diese im Überschwemmungsgebiet liegen, als ein Grundstück betrachtet werden.*

- *ob das Wasserhaushaltsgesetz zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken unterscheidet.*
- *ob ein Grundstück nicht als Überschwemmungsgebiet ausgewiesen wird, auch wenn es von zwei Seiten von Überschwemmungsgebieten umschlossen ist.*

TOP 5.4: Neue Hundefreilaufflächen in Burglesum
Antragstellerinnen: Frau Strott, Frau Gelbrich

Der Antrag wurde am 25.06.2023 in der Beiratssitzung gestellt. Die im Antrag aufgeführten Flächen wurden durch das Ortsamt vorab geprüft. Ergebnis: Nicht geeignet, aufgrund anderer Nutzung, Privatfläche oder zu nah an Wohnbebauung oder Spielplätzen.

Kurzer Hinweis, dass die Antragsteller auch hierzu mündlich vorgetragen haben.

Frau Lürßen weist auf zwei bereits ausgewiesene Flächen in Burglesum: Knoops Wald und Pellens Park. Die dritte Fläche ist noch in Arbeit (Sportparksee Grambke).

Frau Schnaubelt sagt, theoretisch wäre eine Umzäunung möglich, aber leider nicht finanzierbar.

Herr Bünnagel regt an, besonders im Halmgebiet und im Ihletal die Einrichtung einer weiteren Fläche zu prüfen.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum hat in der Vergangenheit bereits intensiv mit der Ausweisung von Hundefreilaufflächen beschäftigt. Der Beirat steht der Ausweisung weiterer Hundefreilaufflächen grundsätzlich positiv gegenüber und beauftragt den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Sport, mögliche weitere Standorte zu erörtern, besonders im Halmgebiet und im Ihletal.

TOP 6: Mitteilungen des Ortsamtes

- 09.09.2023: Sommerfest am Grambker See, Beginn um 14:30 Uhr

TOP 7: Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Wolter bittet darum, in Bezug auf die Dringlichkeitsanträge zu überdenken, ob es sich wirklich um eine Angelegenheit handelt, die keinerlei Aufschub duldet, oder sich um ein wichtiges Thema handelt, das regulär auf eine der kommenden Tagesordnungen genommen werden kann.

TOP 8: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

Herr Müller regt an, dass an der Stockholmer Straße bei der Methadonabgabe eine Dixi-Toilette aufgestellt wird. An der Bushaltestelle urinieren häufig Substituierte in die angrenzenden Gärten.

Ende der Sitzung um 21.35 Uhr.

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Wolter
Sprecherin des Beirates

gez. Tietjen
Protokoll